19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Jan Lehmann (SPD)

vom 30. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Februar 2025)

zum Thema:

**Haftkontrollmaßnahmen sowie Einsatz und Kosten von Diensthunden in
Berliner Justizvollzugsanstalten**

und **Antwort** vom 26. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Februar 2025)

Herrn Abgeordneten Jan Lehmann (SPD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21 609
vom 30. Januar 2025

über Haftkontrollmaßnahmen sowie Einsatz und Kosten von Diensthunden in Berliner Justizvollzugsanstalten

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie setzen sich die Unterhaltungs- und Erwerbskosten für Spürhunde im Justizvollzug zusammen? (Bitte die wichtigsten Kostenfaktoren wie reine Anschaffungskosten, Ausbildung/Weiterbildung, Pflege, medizinische Versorgung aufschlüsseln.)

Zu 1.: Seit der Implementierung der justizeigenen Hundestaffel sind folgende Kosten entstanden: 5.600 Euro (Anschaffungskosten für die bisherigen zwei Diensthunde), 803,36 Euro (Ankaufsuntersuchungen), 1.825,53 Euro (Erstausstattung und Hilfsmittel) sowie 981,15 Euro (medizinische Versorgung). Außerdem haben die Diensthundeführenden Anspruch auf die Zahlung einer Versorgungspauschale als steuerfreie Aufwandsentschädigung für den Diensthund in Höhe von 110,00 Euro monatlich.

Für die bisherige Ausbildung der Diensthunde sowie der Diensthundeführenden sind dem Justizvollzug keine Kosten entstanden. Fort- und Weiterbildungskosten sind noch nicht angefallen.

2. Wie viele JVA-eigene Diensthunde sind aktuell im Berliner Justizvollzug im Einsatz? Wie viele Diensthunde werden im weiteren Jahresverlauf 2025, sowie 2026 und 2027 voraussichtlich hinzukommen?

Zu 2.: Die justizeigene Hundestaffel besteht derzeit aus zwei Betäubungsmittelspürhunden (zwei Spürhundeteams). Insgesamt sind sechs Spürhundeteams vorgesehen.

3. In welchen Justizvollzugsanstalten wurden die JVA-eigenen Diensthunde bislang eingesetzt und wie oft und wie lange war ein Hund durchschnittlich im Einsatz?

Zu 3.: Seit Beginn des Einsatzes der justizeigenen Spürhunde ab 23. November 2024 fanden Kontrollen mit den Spürhunden in den Justizvollzugsanstalten Tegel, Heidering, Moabit, Plötzensee, der Justizvollzugsanstalt (JVA) für Frauen Berlin sowie des Offenen Vollzuges Berlin statt. Die Dauer des Einsatzes eines Hundes hängt von verschiedenen Faktoren ab, so dass auch eine lediglich geschätzte Einsatzzeit nicht die Gegebenheiten abbilden würde. In der Regel ist vorgesehen, dass die Hunde mehrmals pro Tag zum Einsatz kommen.

4. Wie viele Einsätze mit JVA-eigenen Diensthunden wurden bislang im Jahr 2024 durchgeführt und wie viele Einsätze werden für den weiteren Jahresverlauf 2025 angestrebt?

Zu 4.: Die Spürhundeteams führten im vergangenen Jahr ab dem 23. November 2024 13 Einsätze durch. Im Jahr 2025 sind bis zum 13. Februar 2025 bisher 33 Einsätze zu verzeichnen. Grundsätzlich ist der tägliche Einsatz der Hunde im gesamten Berliner Justizvollzug vorgesehen.

5. Welche Drogen/verbotene Gegenstände konnten bislang durch die JVA-eigenen Spürhunde im Justizvollzug gefunden werden? (Bitte nach Art und Menge der gefundenen Gegenstände aufschlüsseln.)

Zu 5.: In dem Zeitraum vom 23. November 2024 bis zum 13. Februar 2025 wurden bei den Kontrollmaßnahmen mit den justizeigenen Spürhunden folgende Substanzen und Gegenstände gefunden: 6,83 g Kokain, 108,21 g Haschisch, 10,02 g (5 Blätter) synthetische Cannabinoide, neun Rauchvorrichtungen (Kifferflaschen), elf Mobiltelefone, acht Ladekabel, acht Ladestecker.

6. Wie viele Diensthunde unterhielten die Polizei Berlin sowie der Zoll in den Jahren 2019 bis 2024 jeweils jährlich im Durchschnitt und wie bewertet der Senat die Auslastung der Hundestaffeln von Polizei und Zoll?

Zu 6.: Die erfragten Daten für die Polizei Berlin sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	aktive Diensthunde (zertifiziert und in Ausbildung befindlich)
2019	88
2020	85
2021	82
2022	87
2023	89
2024	91

Quelle: interne Datenerhebung Dir E/V St FüU, Stand: 11. Februar 2025

Die in der Polizei Berlin eingesetzten Hunde decken insgesamt eine große Bandbreite an unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten ab, vor allem bei Veranstaltungs- und Versammlungslagen sowie im Bereich der Spurensuche. Vor dem Hintergrund der allgemein hohen Zahl an zu bewältigenden Einsatzanlässen in Berlin befindet sich die Auslastung der Diensthundeführereinheit der Polizei Berlin auf konstant hohem Niveau.

Für die Diensthunde des Zolls besteht keine Zuständigkeit des Senats von Berlin. Der Zoll ist eine Bundesbehörde und unterliegt ausschließlich dem Kontrollrecht und dem damit korrelierenden Fragerecht des Deutschen Bundestages. Insofern können keine Fragen in diesem Zusammenhang beantwortet werden.

7. Welchen Vorteil sieht der Senat in der Unterhaltung sechs JVA-eigener Spürhunde im Vergleich zur Nutzung der Hundestaffeln der Berliner Polizei und des Zolls? Welche Steigerung der bisher jährlich durchgeführten circa 46 Spürhundkontrollen (unter Nutzung der Hundestaffeln von Polizei und Zoll im Wege der Amtshilfe) ist angestrebt?

Zu 7.: Die Hundestaffeln der Berliner Polizei und des Zolls haben viele Einsätze im Justizvollzug geleistet und werden auch weiterhin um Amtshilfe bei Kontrollmaßnahmen ersucht. Schon in der kurzen Zeit des Vorhaltens der eigenen Hunde hat sich aber auch gezeigt, dass justiz eigene Suchhunde flexibel verfügbar sind und unauffälliger eingesetzt werden können. Das Eintreffen fremder Hundestaffeln bleibt häufig von den Gefangenen nicht unbemerkt, so dass sie Vorkehrungen treffen und beispielsweise Drogen über die WC-Spülung entsorgen können.

8. Wie viele anlasslose und anlassbezogene Kontrollen in Justizvollzugsanstalten fanden in den Jahren 2019 bis 2024 (mit Spürhunden sowie ohne) statt? Was wurde dabei in der Regel am häufigsten aufgefunden?

Zu 8.: Anlasslose Kontrollen finden regelhaft statt und sind vielfältiger Art (beispielsweise tägliche Sichtkontrollen der Hafträume, Revisionen der Hafträume sowie Kontrollen der Gruppen- und Nebenräume der Unterbringungsbereiche, der Arbeitsbetriebe, der Gefangenen nach dem Einsatz in den Arbeitsbetrieben, der Gefangenen bei der Rückkehr von vollzugslockernenden Maßnahmen, der Gefangenenbesucher und Externer vor dem Zutritt in die Anstalt). Eine statistische Erhebung dieser Maßnahmen erfolgt nicht. Bei den Einsatzzahlen der Spürhunde wird nicht unterschieden zwischen anlasslosem oder anlassbezogenem Hintergrund.

Zu den häufigsten Funden gehören betäubungsmittelverdächtige Substanzen, Mobiltelefone nebst Zubehör, Tabletten, gegorene Flüssigkeiten (sogenannter Aufgesetzter) sowie manipulierte Alltagsgegenstände/gefährliche Gegenstände.

9. Wie viele verbotene Gegenstände (hier ist jeweils Alkohol mit gemeint)/Drogen wurden bei den Eingangskontrollen in Justizvollzugsanstalten in den Jahren 2019 bis 2024 sichergestellt? (Bitte aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren.)

Zu 9.: Es wird davon ausgegangen, dass mit der Fragestellung Einlasskontrollen von nicht zum Personal gehörenden Personen gemeint sind. Eine einheitliche und bis ins Jahr 2019 zu-

rückgehende Erfassung von Funden bei diesen Einlasskontrollen ist nicht gegeben. Ohne Anspruch auf Vollzähligkeit kann für den Gesamtberliner Justizvollzug Folgendes mitgeteilt werden:

Jahr	Anzahl der Funde	Art der Funde
2019	10	fünf Drogenfunde, zwei Mobiltelefone davon einmal nebst Bargeld, einmal Bargeld, ein Messer, ein Fotofund
2020	8	sieben Drogenfunde, eine SIM-Karte
2021	12	sieben Drogenfunde, zwei Mobiltelefone, einmal Alkohol, eine SIM-Karte, ein Ladekabel
2022	14	neun Drogenfunde, drei Mobiltelefone davon zwei mit Ladekabel, einmal Alkohol, einmal Bargeld
2023	13	acht Drogenfunde, einmal Tabletten, einmal Alkohol, zwei Ladegeräte, eine SIM-Karte nebst Bargeld
2024	13	zehn Drogenfunde, zweimal Alkohol, einmal Bargeld

Quelle: eigene Tabelle der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

10. Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der Legalisierung von Cannabis auf den Betrieb der Berliner Justizvollzugsanstalten?

Zu 10.: Das am 1. April 2024 in Kraft getretene Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Vollzugsalltag innerhalb der Berliner Justizvollzugsanstalten. Das bereits in den Hausordnungen aller Berliner Justizvollzugsanstalten geregelte generelle Verbot auch für Cannabis und Cannabisprodukte ist auch nach Inkrafttreten des Konsumcannabisgesetzes bestehen geblieben.

11. Über welche Wege (z. B. Besucher:innen, Post, Anwält:innen, Beamt:innen, Überwürfe über die Mauer) gelangen nach Erkenntnissen des Senats verbotene Gegenstände und Drogen am häufigsten in die Justizvollzugsanstalten?

Zu 11.: Versuche, verbotene Gegenstände und Drogen in die Justizvollzugsanstalten einzuschmuggeln, wurden vielfältiger Art festgestellt und mit wechselnden Schwerpunkten. Eine Rangliste lässt sich hiernach nicht erstellen. Ein Missbrauch der Stellung des Personals oder von Rechtsanwälten war jedoch nur in Einzelfällen zu konstatieren.

12. Wie viele Drogendetektionsgeräte „IONSCAN 600“ werden durch das Land Berlin seit 2021 für den Justizvollzug gemietet/abonniert?

13. Werden die Drogendetektionsgeräte „IONSCAN 600“ auch in anderen Anstalten als der JVA Plötzensee eingesetzt oder ist eine Ausweitung des Einsatzes auf andere Anstalten geplant?

14. Wie viele Sicherstellungen synthetischer Drogen erfolgten seit September 2021 bis einschließlich 2024 mit dem IONSCAN 600? (Bitte aufgeschlüsselt nach Kalenderjahr.)

Zu 12. bis 14.: Derzeit wurde von zwei Justizvollzugsanstalten ein Drogendetektionsgerät „IONSCAN 600“ angemietet und von einer weiteren Justizvollzugsanstalt eine Bestellung aufgegeben. Die übrigen Justizvollzugsanstalten können zudem Beprobungen in einer dieser Justizvollzugsanstalten vornehmen lassen.

Das erste Drogendetektionsgerät IONSCAN 600 ist im Frühjahr 2022 geliefert worden. Eine Erfassung Neuer Psychoaktiver Stoffe (NPS) findet seit Oktober 2023 statt. Bis Ende 2024 gab es in diesem Zeitraum 62 bestätigte Proben mit Hinweisen auf synthetische Drogen.

15. Wie viele allgemeine Drogenfunde wurden in den übrigen Berliner Justizvollzugsanstalten ohne den Einsatz des IONSCAN 600 festgestellt? (Bitte die Zahlen der Jahre 2021 bis 2024 zum Vergleich aufführen.)

Zu 15.: Im Berliner Justizvollzug werden die Drogenfunde nicht nach Fundort und Analyseart erhoben. Die Drogenfunde (Angabe in Gramm) insgesamt in den Jahren 2021 bis 2024 können folgender Tabelle entnommen werden:

	Cannabinoide	Heroin	Kokain	Buprenorphin	synthetische Cannabinoide	Amphetamine	Tilidin
2021	6.510,97	128,45	139,70	446,27	19,72	971,93	208,12
2022	10.663,39	62,16	193,77	375,63	36,38	216,95	115,63
2023	10.954,21	19,22	362,24	395,30	440,61	426,14	220,33
2024	12.629,37	11,37	497,12	377,03	503,77	290,25	351,10

Quelle: eigene Tabelle der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

16. Wie hoch waren die jährlichen Ausgaben in den Jahren 2022 bis 2024 (ggf. schätzungsweise), um zu verhindern, dass Drogen und Alkohol in Justizvollzugsanstalten eingebracht werden?

Zu 16.: Zu den Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des allgemeinen Vollzugsdienstes gehört unter anderem die Verhinderung der Einbringung von verbotenen Substanzen. Eine Bezifferung des vornehmlich personellen Aufwandes ist somit nicht möglich.

17. Wie viel Geld wurde in den Jahren 2022 bis 2024 (ggf. schätzungsweise) jeweils für die Behandlung von suchtkranken Gefangenen investiert (z. B. medizinische Betreuung, Therapien, Beratungsangebote)?

Zu 17.: Die Kosten für die medizinische Betreuung werden nicht nach Krankheitsbildern differenziert. Nach dieser Maßgabe betragen die ermittelbaren Gesamtkosten in diesem Zusammenhang in 2022 7.4 Millionen Euro, in 2023 7.8 Millionen Euro und in 2024 8.6 Millionen Euro.

18. Wie ist der aktuelle Stand zur Prüfung der Einführung von Handyblockern im Berliner Justizvollzug?

Zu 18.: Dieser Ansatz wird aufgrund der geänderten Mobilfunkstandards einstweilig nicht weiterverfolgt.

19. Ist den Antworten vonseiten des Senats etwas hinzuzufügen?

Zu 19.: Nein.

Berlin, den 26. Februar 2025

Dirk Feuerberg
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz